



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

29.12.05

Rossmann fordert: Freiwillige Vorsorgeuntersuchung für Kinder zur Pflicht machen

„Das bisher freiwillige Angebot von zehn freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder im Alter zwischen ein und dreizehn Jahren sollte zur Pflicht gemacht werden.“ Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann, unterstützt nachdrücklich die Vorstellungen, wie sie jetzt aus allen Parteien des Deutschen Bundestages geäußert werden. Rossmann: „Angesichts von schätzungsweise rund 200.000 verwaorlosten und misshandelten Kindern in Deutschland kann dieses ein weiterer Baustein sein, um rechtzeitig für Hilfe und Unterstützung zu sorgen. Eine solche Pflichtuntersuchung ist natürlich kein Allheilmittel, sondern muss von weiteren Maßnahmen der

öffentlichen Jugendhilfe und Familienunterstützung begleitet werden.“

In Gesprächen mit Fachleuten aus den Arbeitsbereichen Gesundheitsschutz und Jugendhilfe der Kreisverwaltung hatten sich Rossmann und weitere SPD-Politiker aus dem Landtag und dem Kreistag einen Überblick über das bisherige System und die Eingriffsmöglichkeiten verschafft. Gegenwärtig sind die Regelungen in Deutschland noch von Bundesland zu Bundesland verschieden. Auch gibt es, bis auf eine Ausnahme, keine Pflichtuntersuchungen mehr. Gegenwärtig ist noch alleine die Schuleingangsuntersuchung obligatorisch. Die ersten Untersuchungstermine unmittelbar nach der Geburt und im ersten Lebensjahr werden auch freiwillig schon mit einer sehr großen Häufigkeit wahrgenommen. Die Fachleute machten die Abgeordneten darauf aufmerksam, dass gerade vor dem Eintritt in den Kindergarten ein entwicklungsbezogen wichtiger Einschnitt ist, der als nächstes zusätzlich in die intensive Beobachtung aufgenommen werden soll. Zusammen mit den Kindertagesstätten und den Krankenkassen müsste es möglich sein, hier beispielhaft ein Netzwerk von Untersuchungen, Beratungen und Betreuung aufzubauen. Nach Auffassung des Abgeordneten könnte hier auch ein Modellprojekt wirksam werden, für das auf Bundesebene unter der Leitidee „Frühförderung für Gefährdete Kinder – Prävention durch Frühförderung“ ein Betrag von 10 Mio. € in den nächsten fünf Jahren bereitgestellt werden soll. Rossmann: „Der Betrag ist allerdings sehr klein und muss für ein wirklich effektives Versorgungsnetz deutlich ausgeweitet

werden.“ Hier würde sich dann auch nicht mehr nur die Verantwortung des Bundes, sondern auch der Länder und der Kreise als Jugendhilfeträger stellen.

Der Abgeordnete begrüßt es deshalb sehr, dass auch gerade aus Bundesländern wie dem Saarland oder auch Hamburg Initiativen zu einem Pflichtgesetz ergriffen werden, die demnächst den Bundesrat und dann auch den Bundestag beschäftigen sollen. Rossmann: „Ich bin sehr dafür, dass der Staat hier mehr Verantwortung übernimmt und die betroffenen Familien und Kinder mit qualifizierter Hilfe unterstützt. Es muss nur jedem klar sein, dass so genannte Supernannys und ehrenamtliche Familienhelfer hier nicht ausreichen und der falsche Weg sind. Wenn der Gesellschaft die Förderung der vernachlässigten Kinder wirklich etwas wert ist, müssen Kreise, Land und Bund hierfür auch zusätzliche öffentliche Mittel bereitstellen.“ Vorbild müssten hier die Skandinavischen Länder sein, in denen es hervorragende Netzwerke zwischen Elternhaus und Staat bei der Lösung von Erziehungsfragen gibt.